

Zusammenfassende Erklärung

gem. § 11 Abs. 2 und 3 ROG, § 6 Abs. 5 BauGB

RFNP-Änderung 08 GE ehem. Bergmannsglück

1	Einleitung	2
2	Anlass und Erfordernis der RFNP-Änderung	2
3	Verfahrensablauf	2
3.1	Verfahren	2
3.2	Benehmen/Einvernehmen mit dem RVR	2
3.3	Umgang mit den Stellungnahmen	3
4	Art und Weise der Berücksichtigung der Umweltbelange und der Planungsalternativen	3
4.1	Umweltbelange	4
4.2	Alternativenprüfung	4
5	Monitoring	5

1 Einleitung

Ausgehend von den europäischen Rechtsanforderungen der Richtlinie über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme ist Regional- und Bauleitplänen eine Zusammenfassende Erklärung beizufügen, die nach abschließender Beschlussfassung, Genehmigung und Bekanntgabe des Planwerks zu jedermanns Einsicht bereitzuhalten ist.

Für den Regionalen Flächennutzungsplan in seiner Doppelfunktion als Regionalplan und gemeinsamer Flächennutzungsplan der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr werden diese Anforderungen im Baugesetzbuch und Raumordnungsgesetz konkretisiert.

Danach sind in der Zusammenfassenden Erklärung folgende Inhalte zu behandeln:

- wie Umwelterwägungen in den Plan einbezogen wurden bzw. Art und Weise der Berücksichtigung der Umweltbelange und des Umweltberichts,
- wie die Stellungnahmen und Einwendungen bzw. die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung berücksichtigt wurden,
- aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, und
- welche Überwachungsmaßnahmen der Auswirkungen auf die Umwelt (Monitoring) vorgesehen sind.

2 Anlass und Erfordernis der RFNP-Änderung

Der Bereich der ehemaligen Zeche Bergmannsglück im Stadtteil Hassel wurde zunächst im Regionalen Flächennutzungsplan zu einem Teil als Wohnbaufläche/ASB und zu einem Teil als gemischte Baufläche/ASB dargestellt. Dabei wurde im Genehmigungserlass vom 18.11.2009 im Rahmen der Prüfung des RFNP als gemeinsamer Flächennutzungsplan die Darstellung der Wohnbaufläche versagt. Begründet wurde diese Versagung mit der Lage der Fläche im Einwirkungsbereich des Chemiestandortes Scholven. Das Dezernat 53 der Bezirksregierung Münster (Immissionsschutz) hatte bereits im Verfahren zur Aufstellung des RFNP angeregt, die entsprechenden Bereiche als gewerbliche Baufläche/ASB darzustellen. Dieser Anregung wird im Rahmen des Änderungsverfahrens Rechnung getragen. Die durch die Versagung entstandene Darstellungslücke (Weißfläche) wird neu ausgefüllt.

Darüber hinaus wird der als gemischte Baufläche/ASB dargestellte südlich angrenzende Bereich mit in die Änderung mit einbezogen und ebenfalls als gewerbliche Baufläche/ASB dargestellt. Der Geltungsbereich hat damit insgesamt eine Größenordnung von ca. 19 ha.

Für den südlichen Bereich besteht derzeit ein konkretes Ansiedlungsinteresse der Firma Haus Vogelsang GmbH (HVG). Die Firma zählt deutschlandweit zu den größten Unternehmen im Bereich Grünflächenmanagement. Für den nördlichen Teilbereich der Änderung besteht das Interesse des Grundstückseigentümers E.ON, die Flächen ebenfalls gewerblich zu nutzen. Zurzeit ist dies in geringem Umfang bereits der Fall.

3 Verfahrensablauf

3.1 Verfahren

Der Erarbeitungsbeschluss für das vorgelegte Änderungsverfahren des RFNP wurde von den Räten der Planungsgemeinschaft zwischen dem 15.11. und dem 16.12.2010 gefasst. Im Rahmen des Scopings wurde zuvor den Fachbehörden die Gelegenheit gegeben, sich zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung zu äußern. Die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit fand vom 17.01.2011 bis 17.02.2011 statt. Die öffentliche Auslegung wurde im Sommer 2011 (12.-21.07.2011) durch die Räte der Planungsgemeinschaft beschlossen. Die anschließende öffentliche Auslegung sowie die förmli-

che Beteiligung fand vom 07.09. bis 07.10.2011 statt. Anschließend wurden die fristgemäß vorgebrachten Stellungnahmen der Beteiligten gem. § 33 LPIG DVO mit dem Ziel des Meinungsausgleiches in einem schriftlichen Verfahren erörtert. Die synoptische Darstellung der in der förmlichen Beteiligung vorgebrachten Anregungen und der Stellungnahmen der Verwaltung beinhaltet die Ergebnisse der Erörterung. Mit dem Aufstellungsbeschluss (entspricht nach LPIG dem abschließenden Planbeschluss) wird das RFNP- Änderungsverfahren beendet.

Nach Beschlussfassung wird das Änderungsverfahren der Landesplanungsbehörde (Staatkanzlei NRW) zur Genehmigung eingereicht. Mit Veröffentlichung der erteilten Genehmigung im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW und in den amtlichen Verkündungsorganen der Städte wird die Änderung des RFNP Ziel der Raumordnung bzw. wirksam.

3.2 Benehmen/Einvernehmen des RVR

Seit Oktober 2009 ist der Regionalverband Ruhrgebiet (RVR) zuständiger Träger der staatlichen Regionalplanung im Ruhrgebiet. Der RVR wird daher mittelfristig einen Regionalplan für das gesamte Ruhrgebiet erarbeiten, der den RFNP in seiner Teilfunktion als Regionalplan ablöst. Nach der Überleitungsvorschrift zum RFNP des § 39 LPIG kann die Planungsgemeinschaft den RFNP nach den Vorschriften des § 25 LPIG-alt ändern. Diese Regelung gilt bis zum Aufstellungsbeschluss (hierbei handelt es sich nach LPIG um den abschließenden Planbeschluss) des Regionalplans Ruhr durch die Verbandsversammlung des RVR bzw. bis zum 31.12.2015. Hinsichtlich der regionalplanerischen Inhalte des RFNP ist dabei bis zum verfahrenseinleitenden Erarbeitungsbeschluss des Regionalplans Ruhr das Benehmen danach das Einvernehmen mit dem RVR herzustellen.

Obwohl die Genehmigungsversagung der beabsichtigten Wohnbauflächendarstellung im Rahmen der Prüfung des RFNP als gemeinsamer Flächennutzungsplan ausgesprochen wurde, geht die Planungsgemeinschaft davon aus, dass die Versagung der Wohnbaufläche im Rahmen der Genehmigung zu einer Darstellungslücke des RFNP insgesamt im benannten Bereich führt und sich diese somit sowohl auf den flächennutzungsplanerischen als auch auf den regionalplanerischen Teil bezieht. Daher wurde im Rahmen des Verfahrens das Benehmen mit dem RVR, Referat Regionalplanung hergestellt.

Für den südlichen Teilbereich ändert sich die regionalplanerische Festlegung nicht (ASB). Das Benehmen des RVR ist daher nicht erforderlich. Eine Beteiligung des RVR im Rahmen der Trägerbeteiligung erfolgte jedoch ohnehin.

Die für staatliche Regionalplanung zuständige Stelle hat im Verfahren ausschließlich zum Zeitpunkt der frühzeitigen Beteiligung eine Stellungnahme abgegeben. Eine Stellungnahme zur förmlichen Beteiligung erfolgte nicht. Aus diesem Grund lagen der Planungsgemeinschaft keine Inhalte vor, für die im Rahmen der regionalplanerisch vorgesehenen Erörterung ein Meinungsausgleich erarbeitet werden könnte.

3.3 Umgang mit den Stellungnahmen

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Bürger sind keine wesentlichen Bedenken vorgetragen worden, die zu einer Änderung der Planung geführt haben. Aufgrund vorgetragener Hinweise und Anregungen von beteiligten Trägern öffentlicher Belange wurde die Begründung zur Änderung GE 08 entsprechend angepasst. Eine Änderung der Plandarstellung erfolgte nicht. Stellungnahmen von Bürgern sind im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung nicht eingegangen.

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung gingen insgesamt 20 Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit ein, die sich ausnahmslos auf den Teil des Geltungsbereiches westlich der Bergmannsglückstraße beziehen und darauf abzielen, die Wohnnutzung mit einer anderen

Darstellung zu würdigen. Diesen Anregungen wird nicht gefolgt, weil eine geänderte Darstellung keine Auswirkungen auf den Bestand der Wohnnutzung hätte und eine bauleitplanerische Steuerung des Nebeneinanders von Wohnen und Arbeiten im nachfolgenden Verfahren uneingeschränkt möglich ist. Aufgrund von Stellungnahmen der beteiligten öffentlichen Stellen und Trägern öffentlicher Belange wurde die Begründung redaktionell fortentwickelt. Inhalte, die eine Änderung der Planung erfordert hätten, ergaben sich nicht.

Das schriftliche Erörterungsverfahren wurde mit folgenden Trägern durchgeführt:

- Bezirksregierung Arnsberg
Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW
- Gelsenwasser AG
- Landesamt für Natur, Umwelt und
Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen
- Landesbetrieb Straßenbau NRW –
Regionalniederlassung Ruhr
- Regionalverband Ruhr
Referat 11 - Landschaftsentwicklung und Umwelt
- Wehrbereichsverwaltung West

Es konnte in allen Fällen ein Meinungsausgleich erzielt werden.

4 Art und Weise der Berücksichtigung der Umweltbelange und der Planungsalternativen

4.1 Umweltbelange

Die Umweltprüfung wird zur Abschätzung der Umweltfolgen des RFNP-Änderungsverfahrens durchgeführt. Im Rahmen der Umweltprüfung sind insbesondere die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen, die die Durchführung der Planung auf die Umwelt hat, zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten. Unter Einbeziehung der zuständigen Fachdienststellen sowie der beteiligten Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit wurde von der Planungsgemeinschaft der Umweltbericht erarbeitet. Dieser ist Bestandteil der Begründung zum RFNP und lag allen abwägenden Entscheidungen zugrunde. Er enthält insbesondere Aussagen zu

- den Prüfmethoden und Bewertungskriterien,
- der Beschreibung und Bewertung des derzeitigen Umweltzustandes,
- der voraussichtlichen Umweltentwicklung bei Nichtdurchführung des Planes,
- den voraussichtlichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter (Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft, Boden, Wasser, Luft, Klima, Mensch, Gesundheit, Bevölkerung, Kultur- und Sachgüter),
- den Verringerungs-, Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen.

Der Planbereich liegt im Achtungsabstand einer Seveso II-Anlage. Ob hier ein Konflikt besteht, ist im Rahmen nachgelagerter Verfahren zu klären. In Hinsicht auf die betrachteten Schutzgüter sind unter Berücksichtigung der Maßnahmen zur Vermeidung, zur Verringerung und zum Ausgleich keine erheblich nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten. Insgesamt wird die Darstellung als nicht erheblich nachteilig eingestuft.

4.2 Alternativenprüfung

Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben wurden die in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten im Umweltbericht dargelegt. Dabei beschränkt sich die Auswahl auf sinnvolle und gangbare Alternativen, die sich unter Berücksichtigung ökologischer, ökonomischer, sozialer und technischer Aspekte sowie unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes und des Gebotes der Vernunft anbieten.

Bei dem Bereich der ehem. Zeche Bergmannsglück handelt es sich um eine Recyclingfläche, die im Sinne des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden erneut genutzt werden soll und die, nach den landesplanerischen und regionalplanerischen Vorgaben vorrangig zu beanspruchen sind. Eine Entwicklung der Fläche zu Freiraumzwecken ist deshalb nicht vorgesehen. Eine geeignete alternative Wiedernutzungsfläche steht in der direkten Umgebung nicht zur Verfügung.

Darüber hinaus wurde eine Eignung der Fläche als Wohngebiet im Rahmen der Genehmigung des RFNP aufgrund der Nähe zu den bestehenden petrochemischen Anlagen des Werkes Scholven (BP) ausgeschlossen. Eine Entwicklung der Fläche als G/GIB zur Unterbringung von erheblich belastigenden Betrieben ist nicht vorgesehen, um keine Konflikte mit der umgebenden Wohnbebauung herbeizuführen.

5 Monitoring

Zur Überwachung von erheblichen Auswirkungen der Durchführung des RFNP auf die Umwelt und deren gesamträumliche Erfassung wird auf Kap. 11 Monitoring des Umweltberichtes des RFNP i.d.F. der Bekanntmachung verwiesen. Detaillierte Überwachungsmaßnahmen können erst im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung bzw. nachfolgenden Planungs- u. Genehmigungsebenen festgelegt werden.

bestehende Darstellung		Fläche (ha)	neue Darstellung		Fläche (ha)
FNP- Ebene	Regionalplan- Ebene		FNP- Ebene	Regionalplan- Ebene	
von der Genehmigung ausgenommen (versagte Wohnbaufläche)		6,8	gewerbliche Bau- fläche	Allgemeiner Sied- lungsbereich	19,2
gemischte Bau- fläche	Allgemeiner Sied- lungsbereich	12,4			
Summe		19,2	Summe		19,2

Die Änderungen der Flächenbilanzen des Gesamtplanes im Zusammenhang mit den laufenden Änderungsverfahren werden im Rahmen des Monitorings 2013 fortgeschrieben